

Editorial der Gastherausgeberin

Postkolonialität und die Krise der Demokratietheorie. Perspektiven einer postkolonialen Demokratiekritik

Jeanette Ehrmann*

In der aufgeklärten Welt galt Demokratie lange Zeit als das unangefochtene Paradigma des Politischen. Als wesentliche, in der demokratischen Revolution erkämpfte Errungenschaft der Moderne avancierte die liberale, konstitutionelle und nationalstaatlich verfasste Demokratie nach nordamerikanischem und westeuropäischem Vorbild Jürgen Habermas (1989: 8–9) zufolge zum globalen normativen Modell. Dieses Modell sollten sich, so Habermas weiter, auch die ehemals von Europa beherrschten Gesellschaften in den anticolonialen Befreiungsbewegungen zu eigen machen. Dass Demokratie sich „zu einem einzigen weltweiten Namen für die legitime Grundlage politischer Autorität“ verdichtete (Dunn 2005: 15), mag erklären, warum fast alle modernen Nationalstaaten, selbst die als „Schurkenstaaten“ verachteten, „sich heute als Demokratien präsentieren“, wie Jacques Derrida (2006: 29) noch in den 2000er Jahren konstatierte. Doch wenn dieses Paradigma, demzufolge das Demokratische „koextensiv mit dem Politischen“ ist (Derrida 2006: 28), jenseits euro-amerikanischer Partikularismen und auch innerhalb dieser möglicherweise nie ganz belastbar war, scheint es nun auch in den ehemaligen kolonialen Zentren der Moderne brüchig geworden. Noch bis vor kurzem herrschte der Glaube an die Überlegenheit der liberalen, marktwirtschaftlich und nationalstaatlich organisierten Demokratie als universelles Modell legitimer politischer Herrschaft vor, gepaart mit der messianischen Vorstellung einer fortschreitenden Demokratisierung der Welt (vgl. Todorov 2014: 9). Damit verbunden waren mehrere Jahrzehnte externer Demokratieförderung durch westliche Staaten (vgl. Kurki 2013; Gädeke 2017). Inzwischen herrscht unter Demokratietheoretiker*innen ein breiter Konsens, dass die etablierten Demokratien des Westens selbst sich in einer tiefgreifenden Krise befinden (vgl. u.a. Colliot-Thélène 2011; Brunkhorst 2016; Merkel/Kneip 2018; Manow 2020; Przeworski 2020; Dörre et al. 2020).

Aktuelle Entwicklungen scheinen den schon vor längerer Zeit vorgelegten Befund einer „Postdemokratie“ zuzuspitzen, wonach die Demokratie zur Regierungs- und Legitimierungspraxis „ohne Demos“ verkommen sei (Rancière 1997: 109) und die Parlamente als klassische Orte der Selbstregierung ihre Souveränität gegenüber geschlossenen Eliten und dem neoliberalen Markt eingebüßt haben (vgl. Crouch 2008: 10–11; Crouch 2021; Brown 2015). In den USA und in unterschiedlichen Staaten Europas ist in der Symbiose von antidemokratischem Autoritarismus und einer zunehmend neoliberalen Verwaltungsrationalität die „Demokratie unter Beschuss“ (Brown 2017). Mit dem erstarkenden Links- wie Rechtspopulismus haben sich neue Formen der Demagogie herausgebildet, die bisherige gesell-

* Jeanette Ehrmann, Humboldt-Universität zu Berlin
Kontakt: jeanette.ehrmann@hu-berlin.de

schaftliche Konfliktlinien durchkreuzen (vgl. Heller 2017). Die politische Ohnmacht angesichts einer neoliberalen Transnationalisierung und wiederkehrender globaler Wirtschafts- und Finanzkrisen wird nicht nur als Scheitern der Sozialdemokratie und des Wohlfahrtsstaates gedeutet, sondern als eine fortschreitende Erosion der Demokratie selbst (vgl. Mouffe 2018). Auch wenn sich die verschiedenen Ansätze zur Deutung dieser Konstellation theoretisch, methodisch und hinsichtlich ihrer politischen Implikationen zum Teil erheblich unterscheiden, scheint die Diagnose einer tiefgreifenden Krise der Demokratie zum Common Sense geworden zu sein (zu einer Rekonstruktion und kritischen Einordnung der Debatte vgl. Zucca-Soest 2019: 117–120; Höntzsch 2020). Darauf weist neben einer Vielzahl empirischer Befunde über die zunehmende Verbreitung antidemokratischer Einstellungen (vgl. Decker/Brähler 2018) und eine ernsthafte „demokratische Rezession“ (Diamond 2015: 152–153) auch die Popularisierung drastischer medizinischer Begriffe hin: Die Demokratie wird nicht nur als gefährdet eingestuft, sondern auf einem schmalen Grat zwischen Leben und Tod verortet (vgl. Levitsky/Ziblatt 2018; Mounk 2019). Dem Skript eines Krisenszenarios gemäß folgt auf die Diagnose stets die Frage, wie die normativen und praktischen Grundlagen der Demokratie – wenn überhaupt – stabilisiert, transformiert und für die Zukunft wiederbelebt werden können.

Doch ist das allgegenwärtige Metanarrativ einer Krise der Demokratie überzeugend? Die theoriegeleitete Rekonstruktion und Analyse gegenwärtig krisenhafter Erscheinungen in den westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien ist zweifelsohne eine zentrale Aufgabe der Demokratietheorie, die im besten Fall arbeitsteilig und im Dialog mit der empirischen Demokratieforschung, der Soziologie und anderen empirisch arbeitenden Wissenschaften zu bewältigen ist. Doch nicht wenige Theoretiker*innen hinterfragen die Angemessenheit einer globalen Krisendiagnose der Demokratie und deren oft unhinterfragte Affirmation (vgl. exemplarisch Ercan/Gagnon 2014; Ketterer/Becker 2019). In der Tat wirft die Verkehrung der bislang triumphalen Fortschrittserzählung in eine melancholische Rückschrittzählung rund um den Aufstieg und Fall der liberalen Demokratie (vgl. Kalyvas 2019: 385) Fragen nach den impliziten Prämissen des Krisennarrativs selbst auf. Die Plausibilität von Krisendiagnosen hängt immer davon ab, welchem Wahrheitsregime sie folgen und welche Annahmen über Normalität und Normativität ihnen zugrunde liegen. Ist tatsächlich *die* Demokratie in der Krise, oder muss der Befund sich nicht deutlich differenzierter auf die westliche, liberale, nationalstaatlich und marktwirtschaftlich organisierte Demokratie beziehen, die zwar in der westlichen Demokratietheorie das hegemoniale Modell, aber historisch und global besehen einen recht partikularen Fall der Demokratie darstellt? Ist es nicht angemessener, von der Krise verschiedener Demokratien im Plural zu sprechen, um den unterschiedlichen politischen Kulturen, Erscheinungen und Entwicklungspfaden demokratisch verfasster Staaten, Gemeinschaften oder auch Praktiken sowie ihren jeweiligen Kontexten und Herausforderungen Rechnung zu tragen (vgl. Ballestrin in diesem Heft)? Inwiefern würde sich das Krisennarrativ verändern, wenn auch nicht-westliche und gegenhegemoniale Konzeptionen und gelebte Formen der Demokratie innerhalb und außerhalb des Westens berücksichtigt würden, die jenseits des Blickfelds der dominierenden demokratietheoretischen Debatte liegen?

Wenn bereits die Fortschrittserzählung der liberalen Demokratie fragwürdig ist, wenn man sie aus der Position derjenigen betrachtet, die an den prekären Rändern oder außerhalb der demokratischen Versprechen der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stehen, wie glaubwürdig ist dann die Verfallsgeschichte? Wie ändert sich das Bild, wenn miteinander ver-

schränkte Mechanismen der Exklusion und Marginalisierung, darunter Nationalisierung, Ethnisierung und Rassialisierung, Vergeschlechtlichung und Heteronormativität, Klassisierung und Ausbeutung, nicht als kontingente, akzidentelle Begleiterscheinungen der westlichen liberalen Demokratie gedeutet werden, sondern als ihre „konstituierenden Aporien“ (Lorey 2020: 14–15), die nicht im Rahmen der liberalen Demokratie korrigierbar sind? Könnte es so betrachtet, um Georges Canguilhem's Überlegungen über *Das Normale und das Pathologische* (2007: 37) zu paraphrasieren, der Fall sein, dass der als pathologisch diagnostizierte Ausnahmezustand der westlichen liberalen Demokratie vielmehr eine quantitative Modifikation ihres Normalzustands ist? Diesen Fragen geht das vorliegende Themenheft nach, indem es das Krisennarrativ der Demokratie durch die konzeptuelle Linse postkolonialer Theorie perspektiviert.

1. Postkolonialität und die Krise der Demokratietheorie

Postkoloniale Theorie ist ein in der Politischen Theorie bislang unausgeschöpftes Register der Kritik. Dabei kann insbesondere Postkolonialität als theoretischer Einsatzpunkt produktiv gemacht werden, um zur Klärung grundlegender demokratietheoretischer Frage- und Problemstellungen beizutragen.¹ Im weitesten Sinne bezeichnet Postkolonialität eine globale Bedingung der Gegenwart (Spivak 2003: 172). Als gegenwartsdiagnostischer Begriff ist Postkolonialität einerseits von Kolonialismus abzugrenzen, der sich auf formal koloniale Herrschaftsbeziehungen bezieht, die üblicherweise in der Vergangenheit verortet werden (ebd.), auch wenn etwa Puerto Rico (vgl. Zambrana 2021) und Neukaledonien bzw. Kanaky (vgl. Eberl in diesem Heft) Grenzfälle darstellen, insofern ihr kolonialer oder postkolonialer Status umstritten ist. Anders als Neokolonialismus, der sich auf direkte Formen politischer, ökonomischer und kulturalistischer Einflussnahme in geopolitisch klar abgegrenzten Räumen nach dem Ende formaler Kolonialherrschaft bezieht, erstreckt sich Postkolonialität ungleichmäßig über den Globus und muss daher immer in je spezifische Kontexte situiert verstanden werden, die sich im Globalen Süden und Norden sowie auch innerhalb dieser unterscheiden (vgl. Spivak 2003: 172). Diese Gegenwartskonstellation in ihren unterschiedlichsten Dimensionen auf das Fortwirken kolonialer Diskurse, Praktiken, Wissensformen und Machtkonfigurationen hin zu untersuchen, zeichnet postkoloniale Theorie als ein plurales und vielstimmiges sowie nationale Grenzen, koloniale Epistemologien und disziplinäre Segregierungen überschreitendes, in seiner Heterogenität von Seiten der Politischen Theorie oft verkanntes Theorieensemble aus (vgl. Kerner 2012; Ha 2015). Auch wenn das Interesse an postkolonialer Theorie innerhalb der Politischen Theorie in den vergangenen

1 Postkolonialität wird hier dem Begriff der Kolonialität vorgezogen, der ausgehend von Anibal Quijano (2019) von den Theoretiker*innen des Projekts *modernidad/colonialidad* entwickelt wurde, da letzterer mit starken epistemologischen Annahmen arbeitet. Ich verwende Postkolonialität als Oberbegriff, der Raum für unterschiedliche theoretische Ansätze und disziplinäre Differenzen lässt, die sich an verschiedenen geopolitischen Knotenpunkten mit den kolonialen Dimensionen der Gegenwart befassen. Gegen eine rigide Abgrenzung unterschiedlicher Denkschulen, insbesondere in der Opposition von Postkolonialismus und Dekolonialität, scheinen „postkoloniale und dekoloniale Dialoge“ (Bhambra 2014) in der Verbindung mit kolonialismuskritischen Ansätzen in interdisziplinären Feldern wie African, Black und Indigenous Studies sowie Gender und Queer Studies vielversprechender, um das theoretische Potential für eine umfassende Kritik kolonialer Epistemologien, politischer Konstellationen und normativer Annahmen in Form „nordatlantischer Universalien“ (Trouillot 2002) zu entfalten.

Jahren merklich gewachsen ist und es verschiedene Bestrebungen gibt, das Projekt einer Postkolonialen Politischen Theorie oder einer Dekolonisierung der Politischen Theorie genauer zu bestimmen und voranzutreiben (vgl. Tibi 1987; Young 2001; Persram 2007; Levy/Young 2011; Ziai 2012; Dhawan 2014; Kerner 2016; Shilliam 2021; kritisch dazu Seth 2021), bewegen sich postkoloniale Ansätze eher an den Rändern der Teildisziplin.

Annäherungen zwischen postkolonialer und Politischer Theorie finden sich vor allem in gerechtigkeitstheoretischen Debatten über Kolonialismus als historisches Unrecht und über globale Armut und Ungleichheiten sowie in postkolonialen und postkolonial-feministischen Kritiken des Universalismus und der Menschenrechte. Demokratietheoretische Auseinandersetzungen mit den gegenwärtigen Nachwirkungen vergangener Kolonialherrschaft dagegen sind fast ausschließlich auf die siedlungskolonialen Demokratien Nordamerikas, Australiens und Neuseelands bezogen, wobei diese eher punktuell postkoloniale, Indigene und Schwarze Kritik aufgreifen (vgl. Ivison/Patton/Sanders 2001; Tully 2001; Young 2001; Williams 2013). So konstatiert Luciana Ballestrin, dass die westliche Demokratietheorie es bislang versäumt hat, postkoloniale Theorie sowie Theorien aus dem Globalen Süden als eine wichtige Perspektive auf genuin demokratietheoretische Fragen wahr- und entsprechend aufzunehmen (vgl. Ballestrin 2015: 217). Dieser Befund gilt umso mehr für die gegenwärtige Debatte um die Krise der Demokratie. Während im Kontext dieser Debatte unverzichtbare Analysen der Herausforderungen westlicher liberaler Demokratien entwickelt werden, die zum Teil auch eine Historisierung vornehmen, indem sie die Krisenjahre der Zwischenkriegszeit in Europa zur Deutungsfolie aktueller Krisenerscheinungen machen (vgl. kritisch dazu Hacke 2018: 40–42), fehlt eine vergleichbare Theoretisierung dahingehend, wie koloniale Unterwerfung, Ausbeutung und Versklavung, der Zusammenbruch der europäischen Kolonialreiche und die anticolonialen Kämpfe gegen europäische Herrschaft sich in die normative Grammatik, in die politische Kultur und in das politische Imaginäre der Aufklärung und ebenso der westlichen liberalen Demokratien eingeschrieben haben und im Moment der Krise reaktualisiert werden (zum Imaginären der Demokratie vgl. Trautmann 2020). Damit wiederholen die Krisendiagnosen die in der westlichen Demokratietheorie fehlende Berücksichtigung von Kolonialismus als einer der zentralen Herrschaftsformen der politischen Moderne und ihrer gegenwärtigen Nachwirkungen in der *condition postcoloniale*. Dagegen argumentiert eine Vielzahl von Autor*innen, dass die Verbindung von Kolonialismus und Demokratie nicht bloß eine historische Kontingenz darstellt, sondern dass Kolonialherrschaft eine wesentliche, wenn nicht konstitutive Dimension der modernen liberalen Demokratie ist (vgl. exemplarisch Hesse 2011; Stovall 2013; Lowe 2015), und zwar in ihrer Verflechtung mit Kapitalismus als Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensform gemäß einer Logik von Privateigentum mit Rassialität sowie einer auf Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität beruhenden hierarchischen Geschlechter- und Sexualitätsordnung. Zwar könnte man argumentieren, dass diese auch in der Demokratie wirkenden zentralen Achsen der Herrschaft und der Ungleichheit gegenwärtig besonders deutlich als miteinander verbundene Facetten von gesellschaftlich weit verbreiteten antidemokratischen Haltungen und strukturellen Entdemokratisierungsprozessen hervortreten. Doch wenn diese Herrschafts- und Ungleichheitslogiken als tief in die moderne Demokratie eingeschrieben verstanden werden und insofern weder begrifflich noch praktisch durch Inklusion oder Diversität einzuholen sind, ist eine bloß postkolonial revidierte Krisendiagnose nicht hinreichend.

Ausgehend von der Beobachtung, dass Krisendiagnosen insbesondere dem liberalen politischen Denken inhärent sind und die Debatte über „Selbstgefährdungen und Degenera-

tionsrisiken der Demokratie [...] von jeher ein Kernthema der politischen Theorie“ (Hacke 2018: 273) darstellt, wird postkoloniale Theorie hier vielmehr als Begriffsinstrumentarium verstanden, das den krisenhaften Zustand westlicher Demokratietheorien in einem Moment sichtbar machen kann, in dem Europa „höchstens auf fiktive Weise das Zentrum der Welt“ ist (Mbembe 2016: 109). Diese Krise betrifft zum einen unausgesprochene Grundannahmen und zentrale Grundbegriffe der unterschiedlichen Strömungen westlicher Demokratietheorie – nicht nur in ihrer hegemonialen, liberalen Form, sondern auch in der republikanischen, der post-marxistischen oder feministischen Tradition – sowie zum anderen ihre akademischen Konventionen, disziplinären Narrative und Formen der Kanonisierung. Denn auch wenn die einst triumphale Erzählung der westlichen liberalen Demokratie durch eine melancholische Metaerzählung der Krise abgelöst wurde, sind die Parameter der Debatte noch immer in derselben westlichen Selbsterzählung gefangen. Demokratie bezeichnet nicht allein eine Regierungs- oder Lebensform. Sie ist auch einer der grundlegenden Begriffe der „Autobiographie Europas“, der „Art und Weise, wie es sich selbst schreibt und bezeichnet“ (ebd.), und somit zentraler Bezugspunkt eines affektiv aufgeladenen, phantasmatischen und geradezu mythischen Selbstverständnisses Europas. Wenn wir also mit der Diagnose einer Krise der Demokratie konfrontiert sind, so verweist diese auch auf eine Krise der Demokratietheorie, insofern die Verengung der Demokratietheorie auf einen westlichen Kanon und die Reduzierung der Demokratie auf die westlich liberale Demokratie eine Krise des begrifflichen Lexikons der modernen westlichen Politischen Theorie darstellt, wie Anthony Bogues und Raffaele Laudani (2022) erläutern. Ihre Kritik entzündet sich an einer Provinzialität der westlichen Politischen Theorie, die sich in einer Gleichsetzung der politischen Moderne mit Euro-Amerika äußert. Gegen einen damit verbundenen methodologischen Euro-/US-Zentrismus und Etatismus betonen Bogues und Laudani zum einen die Notwendigkeit einer Globalisierung der Politischen Theorie und ihrer Grundbegriffe, um den epistemologischen Horizont zu erweitern und gegenwärtige politische Konstellationen in ihren globalen Dimensionen und Verflechtungen zu verstehen; zum anderen ist es den Autoren zufolge unerlässlich, Kolonialismus nicht nur als historisches Faktum zur Kenntnis zu nehmen, sondern ihn als grundlegende Dimension der politischen Moderne anzuerkennen und sein intimes und möglicherweise konstitutives Verhältnis mit der modernen Demokratie systematisch zu rekonstruieren.

In den letzten Jahren wurden in Folge der verstärkten Rezeption nicht-westlicher Demokratietheorien und der weiteren Ausdifferenzierung einer vergleichenden Politischen Theorie bereits wichtige Beiträge im Sinne einer Deprovinzialisierung geleistet (vgl. Williams/Warren 2013; Youngs 2015; Schubert/Weiß 2016; Tully 2020; Williams 2020). Mit dem Begriff der „Demodiversität“ weisen Boaventura de Sousa Santos und José Manuel Mendes (2021) außerdem auf die globale Vielfalt der Demokratien und der Demokratietheorien hin, die auf demokratischere Varianten der als von den Autoren als „low-intensity democracy“ bezeichneten westlichen liberalen Demokratien verweisen, während Siba N’Zatioula Grovogui (2015) das Bild Afrikas als vermeintlich demokratielosem Kontinent dekonstruiert und afrikanische Konzeptionen und Kämpfe um Demokratie zentriert. Diesen Kurswechsel weiter zu verfolgen, würde nicht nur die westliche Autobiographie der Demokratie dezentrieren und dekonstruieren, sondern auch ein komplexeres Bild der gegenwärtigen Herausforderungen von Demokratien im Plural zeichnen, um von dort zu angemessenen Gegenentwürfen und Neukonzeptualisierungen zu gelangen.

Mit einem Fokus auf die von Bogues und Laudani konstatierte koloniale Dimension der politischen Moderne wird hier jedoch nicht so sehr die Integration nicht-westlicher Demokratietheorien vorgeschlagen, sondern eine postkoloniale, und das heißt dezentrierende und provinzialisierende Perspektive auf die westliche liberale Demokratie eingenommen, die sowohl eine Intervention in die Krisendiagnose der Demokratie als auch in die Krise der Demokratietheorie ermöglicht. Gurminder Bhambra (2017) zufolge stellt gerade die Unfähigkeit, die postkoloniale Gegenwart zu erfassen, eine grundlegende theoretische Krise Europas dar. Wenn, wie Jay Bernstein, Adi Ophir und Ann Laura Stoler (2018: 1) argumentieren, Krisenkonstellationen ein erweitertes Lexikon politischer Begriffe jenseits der bekannten Konventionen und Praktiken der Politischen Theorie erfordern, um die politische Gegenwart angemessen begrifflich zu erfassen, kann Postkolonialität als ein möglicher Grundbegriff Politischer Theorie sowohl eine erweiterte Perspektive auf die komplexen und multikausalen Herausforderungen von Demokratien ermöglichen als auch Ausgangspunkt für normative Überlegungen und zukünftige Entwürfe von Demokratie sein, und zwar in der wechselseitigen Verbindung mit anderen Begriffen und Formen der Kritik. Eine noch zu systematisierende postkoloniale Demokratiekritik erwiese sich zum einen als sinnvoll, um zu verstehen, wie Kolonialismus den Alltag in der Gegenwart der sogenannten Zentren der Moderne „heimsucht“ und damit einen uneingestanden Kontext von gegenwärtigen Krisendiagnosen – sei es der „Flüchtlingskrise“, der „Krise des Multikulturalismus“ oder der „Demokratiekrise“ – bildet (Bhambra/Holmwood 2021, vii). Zugleich vermag postkoloniale Kritik es, die Wirkweisen und Effekte von politisch, medial und theoretisch produzierten „Kriseninszenierungen“ (Karakayalı/Mecheril 2018: 230) zu verdeutlichen und damit die Krisendiagnosen der Demokratie als spezifische Repräsentationsform von Gegenwart auf die ihnen zugrunde liegenden Normalitätstsvorstellungen hin zu befragen und kritisch einzuordnen. Anstelle einer postkolonialen Korrektur demokratietheoretischer Krisendiagnosen werden so der Topos der Demokratiekrise und das Genre der Krisendiagnose selbst zum Gegenstand einer postkolonialen Demokratiekritik. Schließlich vermag eine postkoloniale Demokratiekritik, selbstreflexiv die epistemologischen und methodologischen Grundlagen und die oft impliziten Prämissen westlicher Demokratietheorie in ihren unterschiedlichen Traditionen in den Fokus zu rücken und begrifflich zu hinterfragen, zu fundieren und zu revidieren. Ein solcherart postkolonial informiertes demokratietheoretisches Vokabular würde zu einem erweiterten und tiefgreifenderen Verständnis der gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie beitragen als auch möglicherweise demokratischere Konzeptionen von Demokratie denkbar werden lassen, die diese unhintergebar in der *condition postcoloniale* situieren.

2. Perspektiven einer postkolonialen Demokratiekritik

Wenn Postkolonialität neben und in Überschneidung mit anderen Konstellationen von Macht, Herrschaft und Ungleichheit als grundlegende Kategorie einer jeden historisch wie geopolitisch informierten Gegenwartsdiagnose berücksichtigt werden muss, so erweist sich postkoloniale Kritik als eine unerlässliche Ressource für demokratietheoretische Frage- und Problemstellungen. Sie ermöglicht eine systematische Theorieperspektive auf die vielfältigen Effekte, Facetten und Dimensionen, mit denen sich das globale Projekt europäischer Kolo-

nialherrschaft vom 15. bis ins 20. Jahrhundert in die politische Moderne und damit auch in die moderne Demokratie eingeschrieben hat, und zwar sowohl in den Postkolonien als auch in den ehemaligen kolonialen Zentren Europas sowie in den Zwischenräumen und an den Kreuzungen von Kolonialität und Interimperialität (Boatcă/Parvulescu 2020). Eine postkoloniale Kritik der Demokratie ermöglicht es, Demokratie sowohl als normativ gehaltenen Begriff wie auch als je spezifisch situierte Form politischer Herrschaft systematisch auf ihre kolonialen Kontinuitäten wie auch Diskontinuitäten zu untersuchen und davon ausgehend alternative Modelle und Praktiken der Demokratie zu denken. Postkoloniale Theorie und Demokratietheorie in einer postkolonialen Demokratiekritik zusammenzuführen, verspricht daher trotz der epistemologisch, methodologisch und forschungsethisch grundsätzlich verschiedenen Herangehensweisen und Herausforderungen eine Forschungsperspektive, die die jeweiligen Ansätze mit ihren „komplementären Defiziten“ produktiv miteinander ins Gespräch bringt (Ziai 2016a, 25). Denn wo die Politische Theorie bislang keinen substantiellen Begriff von Postkolonialität hat, fehlt der postkolonialen Theorie eine systematische Auseinandersetzung mit den Grundbegriffen und Prämissen der Demokratietheorie. Gegen eine strikte Arbeitsteilung zwischen Politischer und postkolonialer Theorie spricht daher mit Blick auf genuin demokratietheoretische Überlegungen viel für die Zusammenführung beider Theorietraditionen.

Wie könnte eine postkoloniale Demokratiekritik oder eine postkoloniale Demokratietheorie also aussehen? Auf welche bisherigen Arbeiten kann sie aufbauen? Postkoloniale Ansätze innerhalb der empirischen Demokratieforschung haben sich zum einen auf die kolonialen Hinterlassenschaften konzentriert, mit denen ehemalige Kolonien im Dekolonisierungsprozess bei ihrem Übergang zu formalen Demokratien konfrontiert sind (Bernhard/Reenock/Nordstrom 2004; Koelble/Lipuma 2008; Chandra 2013; Ziai 2016b). Daneben finden sich theoretische Rekonstruktionen von gegenhegemonialen Modellen und Praktiken der Demokratie, insbesondere im Globalen Süden und in Abgrenzung zum westlichen liberalen Modell der Demokratie (Santos 2007; Conway/Singh 2011). In jüngerer Zeit haben Wissenschaftler*innen an der Schnittstelle von Politischer Theorie, Philosophie und postkolonialer Theorie zu einer weiteren Systematisierung der historischen wie normativen Verstrickungen der modernen westlichen liberalen Demokratie mit der Kolonisierung außereuropäischer Gesellschaften und der Versklavung afrikanischer und afro-diasporischer Menschen in modernen Formen kapitalistischer Aneignung und Ausbeutung beigetragen (Chatterjee 2011; Dhawan 2014; Ballestrin 2015; Güven 2015; Sanín Restrepo 2016; Mbembe 2017). Im Sinne einer post- oder dekolonialen Demokratiekritik geht es etwa darum nachzuzeichnen, wie Demokratie als „kolonialer Diskurs“ zirkuliert (Dhaliwal 2011: 46) und die imaginäre Konstruktion „people without democracy“ (Grosfoguel 2009: 16) zum zentralen Motiv der Aktualisierung einer kolonialen ‚Zivilisierungsmission‘ geworden ist.

Ein weiteres Augenmerk liegt auf der kolonialen Genese und Gegenwart der Demokratie. Ausgehend vom Befund, dass westliche Demokratien nicht in Nationalstaaten, sondern im Kontext von Kolonialreichen entstanden sind, spricht etwa Tyler Stovall (2013) von „empires of democracy“. Dieser Perspektivwechsel auf den ontologischen Vorrang von Kolonialismus gegenüber der Nation bei der Entstehung moderner Staatlichkeit, Souveränität und Subjektivität stellt zentrale Theorieparadigmen und analytische Fiktionen der Politischen Theorie, darunter den „westfälischen Commonsense“ (Grovgoui 2002), auf den Prüfstand. Zugleich verdeutlichen postkoloniale und insbesondere postkolonial-feministische Ansätze, dass die euro-amerikanisch dominierte politische Moderne nicht ohne „Rassialität“ und Geschlecht als

ihre zentralen Herrschaftskategorien verstanden werden kann, und zwar immer in ihrer intersektionalen Verschränkung miteinander sowie mit Klasse und Sexualität (vgl. Alexander 1994; Lugones 2007; Hesse 2007; Lentin 2008; Lowe 2015; Mbembe 2017). Die Breite der Einsatzpunkte einer postkolonialen Demokratiekritik lässt das Potential postkolonialer Theorie für eine selbstreflexive und kritische Selbstverständigung und Weiterentwicklung im Sinne einer fortgesetzten Professionalisierung gerade auch der deutschsprachigen Politischen Theorie erahnen, wenn sie den Herausforderungen der politischen Gegenwart konzeptuell auf Augenhöhe begegnen und nicht den Anschluss an internationale Theoriedebatten verlieren will. Dabei geht es nicht allein um punktuelle Kurskorrekturen oder Ergänzungen innerhalb schon bestehender Paradigmen westlicher Demokratietheorien. Ähnlich wie eine radikal feministische Kritik erfordert eine konsequente postkoloniale Kritik die grundsätzliche Problematisierung und Revision zentraler theoretischer Paradigmen und Konzepte der Politischen Theorie.

3. Einordnung der Beiträge

Das vorliegende Themenheft beabsichtigt, ausgehend von diesen wichtigen Beiträgen den Ansatz einer postkolonialen Demokratiekritik auch in der deutschsprachigen Theorielandchaft sichtbar zu machen, zu verankern und durch Theorieperspektiven weiterzuentwickeln, die die spezifischen Konstellationen und Herausforderungen von Postkolonialität im europäischen Kontext berücksichtigen. Dabei führen die Beiträge des Themenheftes die Vielfalt einer postkolonialen Demokratiekritik vor Augen, indem sie unterschiedliche Aspekte und Facetten im Spannungsfeld von Postkolonialität und Demokratie thematisieren und demokratietheoretische Überlegungen mit postkolonialer Theorie, Theorien aus dem Globalen Süden, Schwarzer und Indigener Kritik sowie queer-feministischen Theorien verbinden. Als Intervention in die Krisendiagnose der Demokratie mit je unterschiedlichen theoretischen und praktischen Implikationen zeigen sie auf, wie diese Verbindungen für demokratietheoretische Fragen produktiv gemacht werden können. Gleichzeitig verdeutlichen sie, wo weiterer Theoretisierungsbedarf besteht und wo Politische Theorie und postkoloniale Theorie möglicherweise in nicht einfach aufzulösende Widersprüche geraten.

Der aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzte Beitrag von *Luciana Ballestrin* eröffnet den Schwerpunkt mit einer kritischen Kontextualisierung der demokratietheoretischen Krisendiagnosen aus dem Globalen Süden. Wie ist es zu verstehen, dass die Debatte über „die“ in die Krise geratene Demokratie im Singular geführt wird und damit globale Reichweite suggeriert, während sie sich zugleich auf die liberalen Demokratien Nordamerikas und Westeuropas beschränkt und sich durch die konzeptuelle Abwesenheit des Globalen Südens auszeichnet? Ausgehend von der Notwendigkeit, die demokratietheoretische Debatte zu deprovinzialisieren und zu geopolitisieren, weitet Ballestrin das theoretische Feld über einen euro-nordatlantischen Horizont und anglo-eurozentrische Theorien hinaus. Indem sie den Globalen Süden als eine analytische Kategorie einführt, pluralisiert sie das Verständnis von Demokratie in einer Weise, die sowohl die Heterogenität liberaler Demokratien als auch unterschiedliche demokratische Entwicklungspfade im Globalen Norden und Süden berücksichtigt. Gegen den monolithischen Topos der „Krise der Demokratie“, den Ballestrin als

symptomatisch für eine umfassende Krise des Anglo-Eurozentrismus und der Widersprüche einer kolonialen Moderne deutet, schlägt sie den sowohl analytisch als auch normativ gehaltvolleren Begriff der Entdemokratisierung vor, um die Herausforderungen verschiedener Demokratien unter Berücksichtigung postkolonialer Ungleichheiten in ihren globalen Verflechtungen, Interdependenzen und Wechselwirkungen zu verstehen. Davon ausgehend ließen sich sowohl „demodiverse“ theoretische wie politische Interventionen in die Gegenwart formulieren als auch substantielle Ansätze zu einer Dekolonisierung der Demokratie denken, die über eine metaphorische Überstrapazierung des Begriffs der Dekolonisierung hinausgehen. Vor dem Hintergrund bisheriger Defizite in der Integration postkolonialer und Politischer Theorie skizziert der Beitrag abschließend das Programm einer komplementären Verzahnung beider Theorietraditionen. Dabei ist es unerlässlich anzuerkennen, dass die Impulse postkolonialer Kritik aus dem Globalen Süden kommen und postkoloniale Demokratiekritik folglich kein immanentes anglo-eurozentrisches Theorieprojekt sein kann. In diesem Sinne plädiert Ballestrin für einen tatsächlich globalen Dialog Politischer Theorie über die Grenzen des Globalen Nordens hinaus.

Ina Kerner zentriert in ihrem Beitrag Kolonialität als eine grundlegende, aber in der gegenwärtigen Theoriedebatte unberücksichtigte Dimension der liberalen Demokratie. Insofern dieser Befund nur im Rückgriff auf kolonialismuskritische Theorieansätze verständlich gemacht werden kann, plädiert Kerner dafür, jenseits eurozentrischer Verengungen postkoloniale Theorien und Theorien aus dem Globalen Süden als mögliche Formen der Demokratiekritik ernst zu nehmen, die gehaltvolle Rückschlüsse für das Verständnis drängender Probleme auch westlicher liberaler Demokratien erlauben. Ausgehend von dieser Prämisse entwickelt der Beitrag einen systematischen Überblick über unterschiedliche Ansätze postkolonialer Theorie und erörtert, inwiefern diese, insbesondere in ihrer theoretischen und geopolitisch verorteten Heterogenität, sowohl für eine Kritik der demokratietheoretischen Krisendiagnosen als auch für eine postkolonial informierte Demokratietheorie produktiv gemacht werden können. Mit Rückgriff auf Achille Mbembe arbeitet der Beitrag heraus, inwiefern der im kolonialen Kontext entstandene Rassismus in der modernen Demokratie angelegt ist und in unterschiedlichen Gegenwartsconstellationen der Demokratie fortwirkt; mit James Tully werden die imperialen Dimensionen westlicher liberaler Demokratien und des von ihnen etablierten internationalen Normen- und Institutionensystems sichtbar, von militärischen Interventionen über externe Demokratieförderung bis hin zu den Effekten globalen Freihandels; mit Iris Marion Young kann aufgezeigt werden, dass die westliche liberale Demokratie selbst durch nicht-westliche, in diesem Fall durch indigene politische Traditionen geprägt ist und ausgehend von diesen für die postkoloniale Gegenwart transformiert werden kann; in Auseinandersetzung mit nicht-westlichen Konzeptionen und Praktiken der Demokratie, hier Botswana, kann schließlich eine differenziertere Kritik westeuropäischer demokratischer Normen und Institutionen formuliert werden. Damit veranschaulicht der Beitrag, dass eine Öffnung Politischer Theorie und westlicher Demokratietheorie hin zu postkolonialer Theorie und Theorien aus dem Globalen Süden wichtige Einsichten zu den Bedingungen einer Demokratisierung der Demokratie bereithält.

Der Beitrag von *Gundula Ludwig* zentriert die Gründungsgewalt der modernen liberalen Demokratie in ihren kolonialen Verwobenheiten und aktuellen Verdichtungen. Dazu verbindet er den dekolonialen Ansatz der Denkschule *modernidad/colonialidad* ausgehend von Aníbal Quijano mit der Demokratiekritik Achille Mbembes sowie Schwarzen feministischen und queer-feministischen Theorien. Über diesen integrierten Ansatz zeigt der Beitrag erstens,

wie sich die konstitutive Gewalt der Demokratie in die Konstitution des demokratischen Subjekts einschreibt und inwiefern hier vor allem die Intersektionalität von Kolonialismus und Rassismus mit Geschlecht und Sexualität berücksichtigt werden muss. Daran schließt sich die Frage an, welche theoretischen Implikationen sich hieraus für eine radikaldemokratische Kritik ergeben, die grundlegend rekonzeptualisiert werden müsse, um postkoloniale und intersektionale Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht nur im Sinne der üblichen Aufzählung, sondern systematisch in ihre Theoriearbeit einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund geht der Beitrag zweitens davon aus, dass die krisenhaften Erscheinungen liberaler Demokratie als eine Verdichtung der undemokratischen Grundlagen westlicher liberaler Demokratie gedeutet werden müssen. In diesem Sinne argumentiert Ludwig, dass die gegenwärtig als Krise der Demokratie bezeichnete Konstellation eine Normalisierung autoritärer Politiken darstellt, die die kolonial-liberale Logik der Gewalt bezogen auf das Subjekt und die politische Gemeinschaft wiederholt und gleichsam zuspitzt. Unter Berücksichtigung der Intersektionalität dieser Gewalterscheinungen plädiert Ludwig dafür, dass systematische Überlegungen zu einer möglichen Dekolonisierung der Demokratie zwingend auf geschlechtertheoretische und queer-feministische Perspektiven, und zwar besonders auch auf Queer of Color Kritik angewiesen sind.

Oliver Eberl diskutiert in seinem Beitrag entlang des gegenwärtigen Spannungsverhältnisses von Kolonialität und Indigenität, welche Herausforderungen indigene Kämpfe um Souveränität sowie Formen indigener Bürgerschaft für die westliche Demokratietheorie aufwerfen. Ausgehend von aktuellen Positionen der Indigenous Critique deutet Eberl indigene Kämpfe im nordamerikanischen, aber auch im europäischen Kontext als einen Souveränitätskonflikt zwischen (post-)kolonialen Siedler*innen und indigenen politischen Gemeinschaften. Wie der Beitrag in der Rekonstruktion der avanciertesten westlichen Demokratietheorien und ihrer Begrenzungen zeigt, können diese aufgrund tendenziell kulturalisierender und ethnizierender Kategorien wie Inklusion und Multikulturalismus die genuin politischen Kämpfe um indigene Selbstbestimmung und Selbsterhaltung weder angemessen verstehen noch demokratische Lösungen dafür formulieren. Ein besonderer Gewinn des Beitrags ist es, dass er diese Fragen am Fall der Unabhängigkeitsbewegung von Kanaky beziehungsweise Neukaledonien als aktuellem Beispiel für den Konflikt um indigene Souveränität diskutiert, in den auch die Europäische Union involviert ist. Dadurch rücken die demokratietheoretisch bislang dethematisierte koloniale Dimension von EU-Staatsbürgerschaft sowie die Herausforderungen eines anhaltenden Dekolonisierungsprozesses innerhalb der EU in den Fokus, innerhalb dessen auch neue Konzeptionen von Bürgerschaft jenseits von Souveränität entstehen. Eberls Analyse ist von der forschungsethischen Frage begleitet, wie Demokratietheorie betrieben werden kann, ohne siedlungskoloniale Gewalt zu normalisieren und fortzuführen. In dieser Hinsicht schließt der Beitrag mit dem Vorschlag, mithilfe eines selbstreflexiven Modus die Begriffe und Annahmen Politischer Theorie auf koloniale Prägnanzen zu untersuchen und sich für antikoloniale Positionen zu öffnen.

Eric Otieno Sumba kontextualisiert in einem Rezensionssessay anhand der aktuellen Bücher von Achille Mbembe, Partha Chatterjee und Nanjala Nyabola die Krise der Demokratie aus der Perspektive des postkolonialen Staates im Globalen Süden. Neben der notorischen Debatte um die „Causa Mbembe“ steht in der deutschsprachigen Politischen Theorie eine systematische Auseinandersetzung mit Mbembes Werk noch aus. Dabei lassen im Gegensatz zu einer auf Carl Schmitt beschränkten Rezeption insbesondere die fanonianisch geprägten Denkfiguren in Mbembes demokratietheoretischen Überlegungen die nekropoli-

tischen Dimensionen der modernen Demokratie zutage treten, während sie zugleich eine Neukonzeptualisierung der Demokratie als einer Gemeinschaft des Lebens ermöglichen. Partha Chatterjee und Nanjala Nyabola verdeutlichen, wie Otieno Sumba zeigt, inwiefern Perspektiven aus dem Globalen Süden die euro-amerikanisch verengten demokratietheoretischen Zeitdiagnosen weiten können. Chatterjees Ausführungen zum Verhältnis von Autoritarismus und Populismus in den Kolonien sind aufschlussreich für aktuelle autoritäre und populistische Konjunkturen in den liberalen Demokratien Westeuropas, insofern sich, so Chatterjee, Formen postkolonialer demokratischer Praxis jetzt in den Demokratien des Globalen Nordens etablieren. Dass politische Krisen im Globalen Süden keine nachholende Entwicklung im Vergleich mit Euro-Amerika sind, sondern im Gegenteil wegweisend für globale Phänomene sind, erläutert Nyabola anhand der Transformation demokratischer Handlungsräume durch Digitalisierung in Kenia, wobei sie die gängige Gegenüberstellung von europäisch/modern und afrikanisch/rückständig auf den Kopf stellt. Diese kolonialen Anthropologien entlehnte Zweiteilung der Welt zu überwinden, so zeigen die besprochenen Bücher, ist erhellend, um die Krise der Demokratie in den vermeintlichen Zentren der Moderne ausgehend von den politischen Erfahrungen der Postkolonien zu verstehen.

Die hier versammelten Beiträge sind ein wichtiger Schritt im Sinne des von Iris Marion Young skizzierten „postkolonialen Projektes“, an dem auch die Politische Theorie beteiligt sein muss. Gerade weil Postkolonialität keine historische Zäsur darstellt, sondern sich im Gegenteil auf die Gegenwart kolonialer Erbschaften in ihren Kontinuitäten wie Diskontinuitäten bezieht, versteht Young postkoloniale Kritik als das beständige Arbeiten an der Auflösung fortwirkender Effekte kolonialer Macht und Herrschaft (vgl. Young 2001: 237). Postkoloniale Demokratiekritik bedeutet dabei stets, das „Scheitern der Demokratie“, das bislang immer auf Europas Anderes projiziert wurde (vgl. Spivak 2013: 327), in Europa selbst zu situieren und, so Mbembe, auch als eine Folge von Europas gescheiterter Selbstdekolonisierung zu verstehen (vgl. Mensah/Ouendji/Mbembe 2011: 95). Anstelle einer bloß historischen Aufarbeitung zielt eine dekoloniale ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in Europa dabei immer auf eine grundlegende gesellschaftliche Transformation als Teil eines andauernden Projekts einer Dekolonisierung ab (vgl. Thompson/Zablotsky 2017: 157). Solange die Polarität zwischen Metropole und Kolonie fortbesteht und in postkolonialen Erscheinungsformen fortwirkt, bleibt das demokratische Projekt unvollständig (vgl. Stovall 2013: 20). Die Krisendiagnose der Demokratie und damit auch die Grundannahmen westlicher Demokratietheorie mit Hilfe des Konzepts der Postkolonialität in die Krise zu bringen, könnte neue Horizonte für das Denken einer „*démocratie à venir*“ (Mbembe 2013) eröffnen.

Das vorliegende Themenheft ist das Ergebnis eines kollaborativen Denk- und Schreibprozesses, an dem verschiedene Personen und Institutionen beteiligt waren. Für die konstruktive Diskussion eines ersten Aufrisses postkolonialer Demokratiekritik danke ich meinen Gesprächspartner*innen am Critical Theory Cluster der Northwestern University, insbesondere Penelope Deutscher, Barnor Hesse, Usdin L. Martínez, Noémi Michel, William Paris und Felix Trautmann. Für die Möglichkeit, dieses Themenheft zu gestalten, für zahlreiche inhaltliche und praktische Impulse sowie für die engagierte Begleitung des Entstehungsprozesses danke ich den Herausgebern und der Redaktion der *Zeitschrift für Politische Theorie*, insbesondere Frauke Höntzsch. Tabea Dibah Jian und Teresa Frida Otten Dionísio haben mit ihrer sorgfältigen Recherche- und Übersetzungsarbeit entscheidend zum Themenheft beigetragen. Den Autor*innen der Beiträge und den anonymen Gutachter*innen danke ich für den theoretischen Austausch und für die Ausdauer beim Mitwirken an diesem Heft unter pan-

demischen Bedingungen. Die Arbeit am Themenheft wurde im Rahmen der Förderung des Forschungsprojektes „Postkoloniale Geschlechterverhältnisse und die Krise der Demokratie“ durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie durch Mittel aus dem Mittelbaufördertopf des Instituts für Politikwissenschaft und des Dekanats des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen ermöglicht.

Literatur

- Alexander, M. Jacqui, 1994: Not Just (Any) Body Can Be a Citizen. The Politics of Law, Sexuality and Postcoloniality in Trinidad and Tobago and the Bahamas. In: *Feminist Review* (48), 5–23.
- Ballestrin, Luciana, 2015: Democracy and Coloniality. In: *Revista Estudos Políticos* 5 (1), 210–228.
- Bernhard, Michael / Reenock, Christopher / Nordstrom, Timothy, 2004: The Legacy of Western Overseas Colonialism on Democratic Survival. In: *International Studies Quarterly* 48 (1), 225–250.
- Bernstein, J. M. / Ophir, Adi / Stoler, Ann Laura, 2018 (Hg.): *Political Concepts. A Critical Lexicon*, New York.
- Bhambra, Gurminder K., 2014: Postcolonial and decolonial dialogues. In: *Postcolonial Studies* 17 (2), 115–121.
- Bhambra, Gurminder K., 2017: The Current Crisis of Europe. Refugees, Colonialism, and the Limits of Cosmopolitanism. In: *European Law Journal* 23 (5), 395–405.
- Bhambra, Gurminder K. / Holmwood, John, 2021: *Colonialism and Modern Social Theory*, Cambridge.
- Boacă, Manuela / Parvulescu, Anca, 2020: Creolizing Transylvania. Notes on Coloniality and Inter-Imperiality. In: *History of the Present* 10 (1), 9–27.
- Bogues, Anthony / Laudani, Raffaele, 2022: *Theses for a Global History of Political Concepts*; <https://aghct.org/political-concepts-thesis>, 04.03.2022.
- Brown, Wendy, 2015: *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin.
- Brown, Wendy, 2017: Demokratie unter Beschuss: Donald Trump und der apokalyptische Populismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), 46–60.
- Brunkhorst, Hauke, 2016: Democracy under Siege: The Decay of Constitutionalization and the Crisis of Public Law and Public Opinion. In: Poul F. Kjaer / Niklas Olsen (Hg.), *Critical Theories of Crises in Europe. From Weimar to the Euro*, London, 177–194.
- Canguilhem, Georges, 2007: *The Normal and the Pathological*, New York.
- Chandra, Uday, 2013: The Case for a Postcolonial Approach to the Study of Politics. In: *New Political Science* 35 (3), 479–491.
- Chatterjee, Partha, 2011: *Lineages of Political Society. Studies in Postcolonial Democracy*, New York.
- Colliot-Thélène, Catherine, 2011: *Demokratie ohne Volk*, Hamburg.
- Conway, Janet / Singh, Jakeet, 2011: Radical Democracy in a Global Perspective: Notes from the Pluriverse. In: *Third World Quarterly* 32 (4), 689–706.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt (Main).
- Crouch, Colin, 2021: *Postdemokratie revisited*, Berlin.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar, 2018 (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, Gießen.
- Derrida, Jacques, 2006: *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt (Main).
- Dhaliwal, Amarpal K., 2011: Can the Subaltern Vote? Radical Democracy, Discourses of Representation and Rights, and Questions of Race. In: David Trend (Hg.), *Radical Democracy. Identity, Citizenship and the State*, London, 42–61.

- Dhawan, Nikita, 2014 (Hg.): *Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World*, Opladen.
- Diamond, Larry, 2015: *Facing Up to the Democratic Recession*. In: *Journal of Democracy* 26 (1), 141–155.
- Dörre, Klaus / Fraser, Nancy / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut, 2020: *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*, hg. von Hanna Ketterer / Karina Becker, 2. Aufl., Berlin.
- Dunn, John, 2005: *Setting the People Free. The Story of Democracy*, London.
- Ercan, Selen A. / Gagnon, Jean-Paul, 2014: *The Crisis of Democracy. Which Crisis? Which Democracy?* In: *Democratic Theory* 1 (2), 1–10.
- Gädeke, Dorothea, 2017: *Politik der Beherrschung. Eine kritische Theorie externer Demokratieförderung*, Berlin.
- Grosfoguel, Ramón, 2009: *A Decolonial Approach to Political-Economy: Transmodernity, Border Thinking and Global Coloniality*. In: *Kult* 6, 10–38.
- Grovogui, Siba N., 2002: *Regimes of Sovereignty. International Morality and the African Condition*. In: *European Journal of International Relations* 8 (3), 315–338.
- Grovogui, Siba N., 2015: *Remembering democracy: anticolonial evocations and invocations of a disappearing norm*. In: *African Identities* 13 (1), 77–91.
- Güven, Ferit, 2015: *Decolonizing Democracy. Intersections of Philosophy and Postcolonial Theory*, Lanham.
- Ha, Kien Nghi, 2015: *Postkolonialismus/Postkoloniale Kritik*. In: Susan Arndt / Nadja Ofoatey-Alazard (Hg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache: ein kritisches Nachschlagewerk*, 2. Aufl., Münster, 177–184.
- Habermas, Jürgen, 1989: *Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen? Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit?* In: *Forum für Philosophie Bad Homburg* (Hg.), *Die Ideen von 1789 in der deutschen Rezeption*, Frankfurt (Main), 7–36.
- Hacke, Jens, 2018: *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, 2. Aufl., Berlin.
- Heller, Ágnes, 2017: *Von Mussolini bis Orbán: Der illiberale Geist*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8), 73–79.
- Hesse, Barnor, 2007: *Racialized Modernity: An Analytics of White Mythologies*. In: *Ethnic and Racial Studies* 30 (4), 643–663.
- Hesse, Barnor, 2011: *Symptomatically Black. A Creolization of the Political*. In: Françoise Lionnet / Shu-mei Shih / Shumei Shi (Hg.), *The creolization of theory*, Durham, NC, 37–61.
- Höntzsch, Frauke, 2020: *Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus*. In: *Neue Politische Literatur* 65 (2), 255–277
- Iverson, Duncan / Patton, Paul / Sanders, Will, 2001 (Hg.): *Political Theory and the Rights of Indigenous Peoples*, Cambridge.
- Kalyvas, Andreas, 2019: *Whose Crisis? Which Democracy? Notes on the Current Political Conjuncture*. In: *Constellations* 26 (3), 384–390.
- Karakayalı, Juliane / Mecheril, Paul, 2018: *Umkämpfte Krisen: Migrationsregime als Analyseperspektive migrationsgesellschaftlicher Gegenwart*. In: Naika Foroutan / Juliane Karakayalı / Riem Spielhaus (Hg.), *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, Frankfurt (Main) / New York, 225–235.
- Kerner, Ina, 2012: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg.
- Kerner, Ina, 2016: *Jenseits des politiktheoretischen Eurozentrismus: Strategien einer Dekolonisation*. In: Sybille de La Rosa / Holger Zapf / Sophia Schubert (Hg.), *Transkulturelle Politische Theorie. Eine Einführung*, Wiesbaden, 113–133.
- Ketterer, Hanna / Becker, Karina, 2019: *Einleitung: Was stimmt nicht mit der Demokratie?* In: Klaus Dörre / Nancy Fraser / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa, *Was stimmt nicht mit der Demokratie?*

- Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, hg. v. Hanna Ketterer / Karina Becker, Berlin, 7–18.
- Koelble, Thomas A. / Lipuma, Edward, 2008: Democratizing Democracy. A Postcolonial Critique of Conventional Approaches to the ‘Measurement of Democracy’. In: *Democratization* 15 (1), 1–28.
- Kurki, Milja, 2013: *Democratic Futures. Revisioning Democracy Promotion*, London.
- Lentin, Alana, 2008: Europe and the Silence about Race. In: *European Journal of Social Theory* 11 (4), 487–503.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel, 2018: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München.
- Levy, Jacob T. / Young, Iris Marion, 2011 (Hg.): *Colonialism and its Legacies*, Lanham.
- Lorey, Isabell, 2020: *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin.
- Lowe, Lisa, 2015: *The Intimacies of Four Continents*, Durham.
- Lugones, María, 2007: Heterosexualism and the Colonial / Modern Gender System. In: *Hypatia. A Journal of Feminist Philosophy* 22 (1), 186–209.
- Manow, Philip, 2020: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*, Berlin.
- Mbembe, Achille, 2013: *Sortir de la grande nuit. Essai sur l’Afrique décolonisée*, Paris.
- Mbembe, Achille, 2016: *Ausgang aus der langen Nacht: Versuch über ein entkolonisiertes Afrika*, aus dem Französischen von Christine Pries, Berlin.
- Mbembe, Achille, 2017: *Politik der Feindschaft*. Aus dem Französischen von Michael Bischoff, Berlin.
- Mensah, Ayoko / Ouedji, Norbert N. / Mbembe, Achille, 2011: *Le temps de l’Afrique viendra*. In: *Africultures* 83 (1), 87.
- Merkel, Wolfgang / Kneip, Sascha, 2018 (Hg.): *Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent Times*, Cham.
- Mouffe, Chantal, 2018: *Für einen linken Populismus*, Berlin.
- Mouk, Yascha, 2019: *The People vs. Democracy. Why Our Freedom Is in Danger and How To Save It*. Cambridge, Mass.
- Persram, Nalini, 2007 (Hg.): *Postcolonialism and Political Theory*, Lanham.
- Przeworski, Adam, 2020: *Krisen der Demokratie*, Berlin.
- Quijano, Anibal, 2019: *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*, Wien.
- Rancière, Jacques, 1997: *Demokratie und Postdemokratie*. In: *Rado Riha* (Hg.), *Politik der Wahrheit*, Wien, 94–122.
- Sanin Restrepo, Ricardo, 2016: *Decolonizing Democracy. Power in a Solid State*, London/New York.
- Santos, Boaventura de Sousa, 2007 (Hg.): *Democratizing Democracy: Beyond the Liberal Democratic Canon*, London.
- Santos, Boaventura de Sousa / Mendes, José Manuel, 2021 (Hg.): *Demodiversity. Towards post-abyssal democracies*, New York.
- Schubert, Sophia / Weiß, Alexander, 2016 (Hg.): *„Demokratie“ jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen*. *Politische Vierteljahresschrift* (51), Baden-Baden.
- Seth, Sanjay, 2021: *Beyond Reason. Postcolonial Theory and the Social Sciences*, New York.
- Shilliam, Robbie, 2021: *Decolonizing Politics. An Introduction*, Cambridge.
- Spivak, Gayatri Chakravorty, 2003: *A Critique of Postcolonial Reason. Toward a History of the Vanishing Present*, Cambridge.
- Spivak, Gayatri Chakravorty, 2013: *An Aesthetic Education in the Era of Globalization*, Cambridge.
- Stovall, Tyler, 2013: *Empires of Democracy*. In: *Graham Huggan* (Hg.), *The Oxford Handbook of Postcolonial Studies*, Oxford.
- Thompson, Vanessa E. / Zablotsky, Veronika, 2017: *Nationalismen der Anerkennung – Gedenken, Differenz und die Idee einer ‚europäischen Kultur der Erinnerung‘*. In: *Zwischenraum Kollektiv* (Hg.), *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven*, Münster, 156–177.

- Tibi, Bassam, 1987: Politische Ideen in der „Dritten Welt“ während der Dekolonisation. In: Iring Fetscher / Herfried Münkler (Hg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideen* Bd. 5, München, 361–402.
- Todorov, Tzvetan, 2014: *The Inner Enemies of Democracy*, Cambridge, UK.
- Trautmann, Felix, 2020: *Das Imaginäre der Demokratie. Politische Befreiung und das Rätsel der freiwilligen Knechtschaft*, Konstanz.
- Trouillot, Michel-Rolph, 2002: North Atlantic Universals: Analytical Fictions, 1492–1945. In: *South Atlantic Quarterly* 101 (4), 839–858.
- Tully, James, 2001: The Struggles of Indigenous Peoples for and of Freedom. In: Duncan Ivison / Paul Patton / Will Sanders (Hg.), *Political Theory and the Rights of Indigenous Peoples*, Cambridge, 37–59.
- Tully, James, 2020: Deparochializing Political Theory and Beyond. In: Melissa S. Williams (Hg.), *Deparochializing Political Theory*, Cambridge, 25–59.
- Williams, Melissa S., 2013: Political Responsibility for Decolonization in Canada. In: Genevieve Fuji Johnson / Lorelea Michaelis (Hg.), *Political Responsibility Refocused. Thinking Justice after Iris Marion Young*, Toronto, 78–101.
- Williams, Melissa S., 2020: Deparochializing Democratic Theory. In: Dies. (Hg.), *Deparochializing Political Theory*, Cambridge, 201–229.
- Williams, Melissa S. / Warren, Mark E., 2013: A Democratic Case for Comparative Political Theory. In: *Political Theory* 42 (1), 26–57.
- Young, Iris Marion, 2001: Hybrid Democracy. Iroquois Federalism and the Postcolonial Project. In: Duncan Ivison / Paul Patton / Will Sanders (Hg.), *Political Theory and the Rights of Indigenous Peoples*, Cambridge, 237–258.
- Youngs, Richard, 2015: Exploring „Non-Western Democracy“. In: *Journal of Democracy* 26 (4), 140–154.
- Zambrana, Rocío, 2021: *Colonial Debts. The Case of Puerto Rico*, Durham.
- Ziai, Aram, 2012: Postkoloniale Politikwissenschaft. Grundlagen einer postkolonialen politischen Theorie und deren Anwendungsfelder. In: Julia Reuter / Alexandra Karentzos (Hg.), *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*, Wiesbaden, 283–296.
- Ziai, Aram, 2016a: Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft. In: Ders. (Hg.), *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*, Bielefeld, 25–46.
- Ziai, Aram, 2016b (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*, Bielefeld.
- Zucca-Soest, Sabrina, 2019: Die Krise der Demokratie – Eine Frage der Perspektive? In: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 6 (2), 113–140.